ERFTSTADT
Tür an Tür
mit der Natur
Umwelt- und Planungsamt

# 11. Vereinfachte Änderung

Bebauungsplan Nr. 6

Erftstadt-Lechenich

Patria

S T A D T  E R F T S T A D T
öffentliche Bekanntmachung

Satzung der Stadt Erftstadt über die Vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 6, Erftstadt-Lechenich, im Bereich der Elsa-Brandström-Straße.

Beschluß des Rates der Stadt Erftstadt vom 1.1o.1981:

Gemäß § 13 BBauG vom 18.8.1976 (BGBl. I S. 2256, 3617), zuletzt geändert am 6.7.1979 (BGBl. I S. 949) wird beschlossen, die Festsetzungen auf den Grundstücken Gemarkung Lechenich, Flur 42, Flurstücke 513, 514, 515 und 524 entsprechend dem Anlageplan zu ändern.

Dieser Anlageplan ist Bestandteil des Beschlusses.

Die Vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 6, Erftstadt-Lechenich, wird für den Bereich der vorgenannten Grundstücke gemäß § 13 i.V.m. § 2 und § 10 BBauG vom 18.8.1976 (BGBl. I S. 2256, 3617), zuletzt geändert am 6.7.1979 (BGBl. I S. 949) i.V.m. § 4 GO NW vom 28.10.1952 (GS NW S. 167) i.d.F. der Bekanntmachung vom 19.12.1974 (GV NW 1975 S. 91), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15.5.1979 (GV NW S. 408) als Satzung beschlossen.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Satzung wird hiermit öffentlich bekanntgemacht. Der Änderungsplan liegt gemäß § 12 BBauG ab 23.11.1981 im Rathaus, Erftstadt, Bahnhofstr. 1, Zimmer 21 zu jedermanns Einsicht während der Dienststunden öffentlich aus.

Eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften des Bundesbaugesetzes beim Zustandekommen des Bebauungsplanes, mit Ausnahme der Vorschriften über die Genehmigung und Bekanntmachung, ist unbeachtlich, wenn die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift nicht innerhalb eines Jahres seit dem Inkrafttreten des Bebauungsplanes schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist (§ 155 a Satz 1 und 2 BBauG); der Sachverhalt, der die Verletzung begründ soll, ist darzulegen.
Entsprechend § 44 c (3) BBauG wird auf die nachstehenden Vorschriften des § 44 c BBauG hingewiesen:

(1) Der Entschädigungsberechtigte kann Entschädigung verlangen, wenn die in den §§ 39 j, 40 und 42 bis 44 bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind. Er kann die Fälligkeit des Anspruchs dadurch herbeiführen, daß er die Leistung der Entschädigung schriftlich bei dem Entschädigungspflichtigen beantragt.

(2) Ein Entschädigungsanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von 3 Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die in Absatz 1 Satz 1 bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruchs herbeigeführt wird.

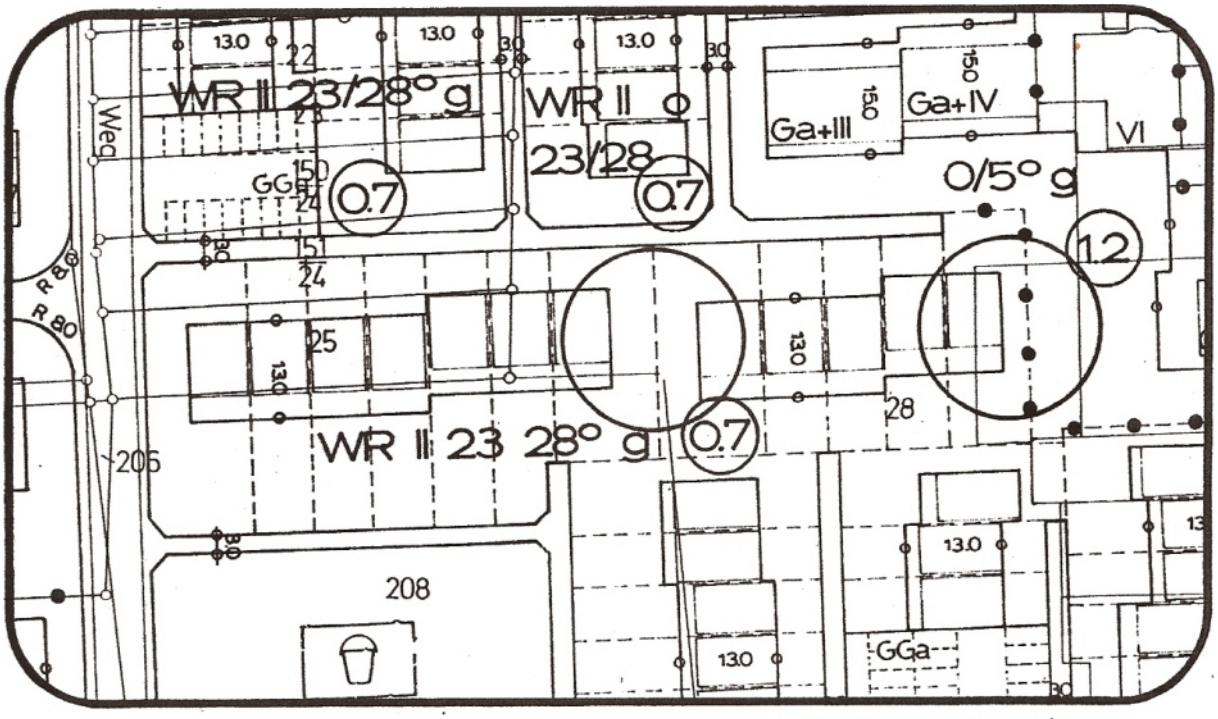
Erftstadt, den 11.11.1981

(Cremer)
Bürgermeister

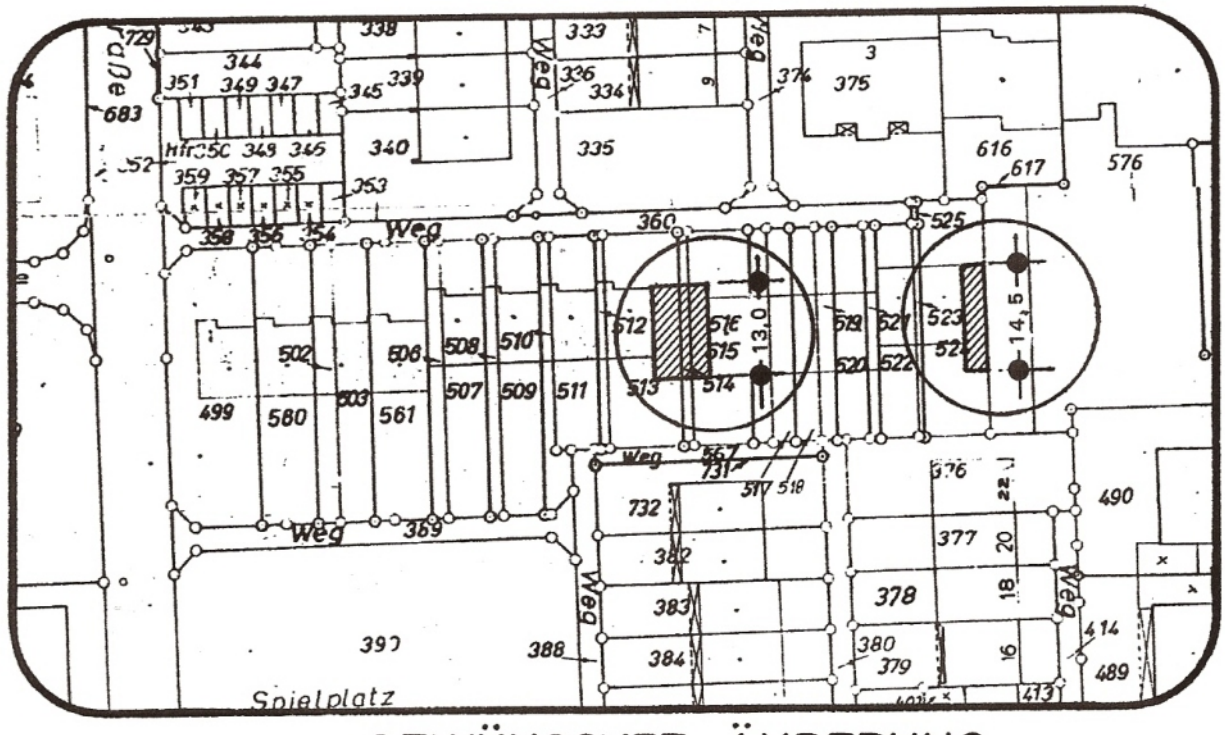
2./ -100- mit der Bitte um Veröffentlichung
in Stadt-Anzeiger und Rundschau bis 2o.11.81

3./ -613- und -65- zur Kenntnis ab am 17.11.81

4./ Z.d.A.




AUSZUG AUS DEM RECHTSVERBINDLICHEN
BEBAUUNGSPLAN NR. 6




GEWÜNSCHTE ÄNDERUNG
FESTSETZUNGEN: WR II FD g (0,7)